

# DIE LINKE. im Rat

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal Nr. 31 · September 2014

## Wieviele spenden Sie für den Döppersberg?

Der Verkehr stockt, aber er fließt. Die Döppersberg-Troika (OB Jung, Investor Primark, SPD-Reese) freut sich, dass der Infarkt bisher ausbleibt. Aber die Bürgerinnen und Bürger fahren Umwege. Haben Sie die Mehrkosten für Ihre tägliche Fahrt zur Arbeit schon ausgerechnet?

Zwei Beispiele für die Autofahrer: Von der Wittensteinstr. 280 (Barmer Ende) zur Arrenbergerstr. 100 berechnet der Routenplaner via Michelin direkt über die B7 pro Strecke 6 km. Da Sie die Neumarktstr. nicht nehmen sollen, führt der Weg über die A 46 mit 9,5 km. Nehmen wir die Entfernungspauschale von 30 Cent pro km als Benzin- und Abnutzungskosten. Ihre Spende beträgt also 420,00 € pro Jahr bei 200 Arbeitstagen.

Fahren Sie vom Uellendahl z.B. Mitte Kohlstr. zur Uni (Mitte Horkheimerstr.)? Dann könnten Sie ohne B7-Sperrung die 5 km für 1,50 € passieren. Über die A 46 und die Briller Str. fahren Sie 8 km und damit für 2,40 € pro einfache Strecke. Das kostet Sie im Jahr 180 € mehr. Mit einer Ostschleife über Hofkamp, Bendahler Str. oder Haspeler Schulstraße und Wolkenburg fährt man 6 oder 7 km; muss man erst mal auskundschaften, kostet aber in jedem Fall auch mehr.

**Fazit:** Erheblich mehr Kosten für die Privatleute. Geld, das Sie für den Investor und seinen Wunsch nach schnellstmöglichem Umbau spenden, ohne dass Sie gefragt wurden. Geld, das an anderer Stelle nicht mehr ausgegeben wird. Der Kaufkraftentzug für die Stadt ist erheblich. Wenn 10.000 Menschen rd. 50 € im Jahr zusätzlich für Benzin ausgeben, freuen sich die Ölkonzerne über 1,5 Millionen € zusätzlichen Umsatz in drei Jahren (Diesel ist natürlich billiger).

„Die Handwerker, der Lieferverkehr usw. haben ebenfalls mit erheblichen Mehrkosten durch Umwege zu rechnen. Aber die Kreishandwerkerschaft schweigt bisher dazu, obwohl ihr oberster Interessenvertreter in der Döppersberg-Kommission sitzt. Bei den Umweltzonen war er ungleich vernehmlicher.“

Die Tabelle mit Umfangsempfehlungen, die noch der zuständigen Kommission und dem Verkehrsausschuss als Hilfsmittel angepriesen wurde, ist übrigens auf der Präsentationsseite des teuren Professors nicht zu finden. Klickt man bei <http://doepfersberg.info/baustelle/b7-sperrung/> auf „Alle wichtigen Informationen zur Erreichbarkeit finden Sie hier ...“ – bekommen Sie: NICHTS.

## Reese (SPD) für Billiganbieter Ohne Primark kein neuer Döppersberg

Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man meinen, Herr Reese (SPD) stände auf der Gehaltsliste von Primark. In einem WZ-Interview verteidigte Reese vehement die Ansiedlung des Billiganbieters Primark gegen jede Kritik. So hatte die Vorsitzende des Wuppertaler Katholikenrates, Sabine Schmidt, in ihrer Rede zum Laurentiusempfang das Geschäftsgebaren der irischen Textilhandelskette scharf angeprangert. Das Unternehmen mache mit seinen Niedrigpreisen Bekleidung zur Einwegware, die unter menschenunwürdigen Bedingungen von Arbeiterinnen in der Dritten Welt produziert werde. Diese Kritik ficht Herrn Reese nicht an: ohne Primark – kein Döppersberg.

Reese wörtlich: „Signature Capital baut für dieses Unternehmen. Und am Investorenkubus hängen auch die zweite Tiefgarage, die Böschung zur B 7 und die Einzelhandelsbrücke zur Innenstadt. Wenn diese Investition scheitert, hätten wir eine riesige Freifläche. Dann wäre der Döppersberg nicht richtig fertig. Und das wäre ein großer Schaden für Wuppertal.“

Der Döppersberg-Umbau hängt also am Tropf einer Firma, die weltweit für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, umweltfeindliche Produktionen und Ausbeutung am Pranger steht. Vergessen sind Beteuerungen der Stadtoberen, dass der Umbau des Döppersberg auch ohne Investor zu realisieren sei. Noch vor einigen Monaten war der Investorenkubus im Modell nur als Möglichkeit eingezeichnet. Mit diesen Äußerungen betreibt Herr Reese das Geschäft des Investors. Schlimm genug, dass der Investor Kenntnis davon hat, dass er der einzige ist. Nun hat ihm Herr Reese noch bescheinigt, dass ohne ihn der Döppersberg-Umbau gar nicht zu realisieren sei. Das wird die Position der Stadt bei den Verkaufsverhandlungen weiter schwächen.

Danke, Herr Reese.



Zur Ehrenrettung der SPD wollen wir allerdings nicht verschweigen, dass es Sozialdemokraten in unserer Stadt gibt, die Herrn Reese deutlich widersprechen. ●

### Liebe Leserin, liebe Leser,

Lamentieren über die Selbstherrlichkeit und Geheimniskrämerei der Großen Kooperation hilft wenig. Aus diesem Grund haben sich die Oppositionsfraktionen Grüne, LINKE, FDP und WfW zusammengeschlossen. So brachten die Wahlergebnisse der Gremienbesetzungen für die Große Kooperation eine Überraschung: Durch gemeinsames Abstimmen der Opposition ist es gelungen, die Alleinherrschaft der Großen Kooperation wenigstens punktuell zu durchbrechen. Dort, wo der Rat nur zwei Personen in die Kontrollgremien entsenden kann, konnte nun die Opposition jeweils eine VertreterIn entsenden. Es war uns wichtig, dass die GroKo sich nicht nur allein kontrolliert und somit die Rechte der Opposition gewahrt sind. Um die Rechte der Opposition zu wahren, ist DIE LINKE auch in Zukunft bereit, mit Grünen, FDP und WfW zusammenzuarbeiten. So funktioniert Demokratie.

**Zwei Verlierer machen weiter  
Verzicht rettet keine Arbeitsplätze  
Bei der Stadt heißt es sparen, sparen, sparen**

**Seite 2  
Seite 3  
Seite 3**



# SPD bricht Wahlversprechen: Zwei Verlierer machen weiter

Die große Kooperation (GroKo) ist nach der Wahl deutlich gerupft worden. Die CDU hat sechs Sitze verloren. Die SPD konnte die Anzahl ihrer Ratssitze trotz finanziell aufwendigem Wahlkampf nicht verbessern. Mit der erneuten GroKo hat die SPD ihr Wahlversprechen gebrochen. Das war allerdings absehbar. Das Gerede von der Beendigung der GroKo seitens der SPD war ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver, um sich bei den WählerInnen in einem günstigen Licht zu zeigen. Ein Politikwechsel war von Anfang an nicht geplant. Es deutet viel darauf hin, dass die WuppertalerInnen weiter mit der Arroganz und Bürgerfeindlichkeit der GroKo leben müssen. Nach der Wahl ist vor der

Wahl. Bei Verlust von nochmals sechs Sitzen der GroKo bei den nächsten Kommunalwahlen wäre diese dann allerdings Geschichte.

Eine Mehrheit links von der CDU für einen Politikwechsel im Stadtrat wäre möglich gewesen, aber SPD und Grüne haben DIE LINKE gar nicht erst gefragt. Die SPD leistet mit der Fortsetzung der GroKo Schützenhilfe für die Wiederwahl von OB Peter Jung. Ein SPD-Kandidat hat schon heute jede Chance vertan, sich als glaubwürdige Alternative zu Peter Jung zu präsentieren.

Diese neue alte Konstellation erfordert eine konsequente Oppositionspolitik innerhalb und außerhalb des Rathauses. DIE LINKE im Rat wird

auch weiterhin an der Seite der BürgerInnen stehen, die sich gegen extreme Kostensteigerungen bei Großprojekten, Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen und bürgerfernen Entscheidungen zur Wehr setzen.

Die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen werden sich entscheidend verschlechtern. Die von SPD/CDU gelobte Handlungsfreiheit, die man mit dem Stärkungspakt wiedergewonnen glaubte, ist mit der Haushaltssperre bereits wieder verloren. Darüber hinaus müssen die Mehrkosten des Döppersberg-Projekts an anderer Stelle durch Kürzungen erwirtschaftet werden. Auch in Wuppertal kann Geld nur einmal ausgegeben werden. ●

## Kiesbergtunnel • Gedächtnisstörung beim OB

Wiederholt wurde vom verantwortlichen Dezernenten und dem Oberbürgermeister Peter Jung in der jüngsten Vergangenheit behauptet, man sei von der Entscheidung des Landesbaubetriebes zur vorübergehenden Schließung des Kiesbergtunnels völlig überrascht worden. Das Gegenteil ist der Fall. Bereits im September 2011 informierte der verantwortliche Dezernent Meyer in einem mündlichen Bericht den Verkehrsausschuss des Rates über die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Tunnel. Schon damals erörterte der Ausschuss die Folgen einer Schließung des maroden Tunnels. Diskutiert wurden sogar Pläne des Landes, wegen zu hoher Sanierungskosten den Tunnel für immer zu schließen. Dies kann man alles noch in der wz online nachlesen. Auch dass der Tunnel 2013 von Grund auf saniert werden müsse. Kosten 30 Mio. Euro – Bauzeit 2 Jahre. Die Verantwortlichen der Stadt handelten unverantwortlich. Sie hätten wissen müssen, dass es einen unaufschiebbaren Handlungsbedarf in Sachen Kiesbergtunnel seitens des Landesbaubetriebes gibt. Sie haben offensichtlich diesen Tatbestand verdrängt, weil er nicht in das Konzept der Vollsperrung der B7 passte. Man hätte nur beim Landesbetrieb nachfragen müssen. Aber ohne Vollsperrung der B7 kein Baubeginn des Investorenkubus schon 2015. Die Wünsche des Investors haben aber absoluten Vorrang. Er bestimmt nicht nur den Baubeginn, sondern auch die Lage des Geschäftshauses. Auch wenn die neue Position des Geschäftshauses den Blick auf die historischen Bahngebäude versperrt. ●



## Bildung für alle – umsonst und vergebens?

Knapp zehn Jahre nach der Einführung von „Hartz IV“ bestehen immer noch zahlreiche Mängel. Besonders gravierend ist, dass Kinder, deren Eltern auf Sozialleistungen angewiesen sind, nach wie vor nicht die gleichen Bildungs- und Aufstiegschancen haben wie Kinder aus Familien mit mittleren und höheren Einkünften. Dabei wäre das dringend nötig – im Sinne der Steuerzahler, vor allem aber im Sinne der Kinder. Entgegen der verbreiteten Meinung spornen zwar auch Eltern aus diesem Milieu ihre Kinder zu guten Leistungen an, aber ihr Bildungsstand ist im statistischen Mittel eher niedrig. Schule und Nachhilfe können dazu beitragen, dass Kinder ihre Aufstiegschancen und damit ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwirklichen können. Um dazu beizutragen, wurden 2011 die sogenannten „Leistungen für Bildung und Teilhabe“ eingeführt. Leider aber gewinnt man insbesondere im Umgang mit dem Jobcenter immer wieder den Eindruck, dass die Suche nach Einsparmöglichkeiten schwerer wiegt als das Bestreben nach einer guten Allgemeinbildung und Chancengleichheit für alle:

- Bei jedem Schüler muss der Fachlehrer die fachliche Eignung des Nachhilfelehrers auf Neue mit seiner Unterschrift bestätigen, meist ohne diesen Menschen jemals gesehen zu haben – auch wenn das Jobcenter den Nachhilfelehrer für andere Stunden schon bezahlt.
- Zum Teil werden Anträge auf Lernförderung erst Wochen später bearbeitet. Dadurch gelten beim Nachhilfeanbieter die Eltern als unzuverlässig. In Wahrheit ist aber das Jobcenter unzuverlässig.
- Maximal werden 35 Schulstunden à 45 Minuten im Schuljahr bewilligt – üblich ist eine Förderung von 90 Minuten, also zwei Schulstunden pro Woche. Das Kind erhält also nur ein halbes Jahr Förderung.
- „Gewerbliche“ Anbieter erhalten doppelt so viel wie „private“ Anbieter (kompetente Helfer aus dem Bekanntenkreis oder OberstufenschülerInnen). Das ist theoretisch in Ordnung, wird praktisch aber durch Anzweifeln der „Gewerblichkeit“ teilweise zu weiteren Einsparungen genutzt; so ist mir im Rahmen meiner Tätigkeit in der Erwerbslosenberatung gar ein Fall bekannt geworden, in dem einem Nachhilfestudio (!) nur der Satz für „private“ Anbieter zugestanden wurde.
- Auch das Auszahlungsverfahren liegt im ARGEn: Mit der Bewilligung der Bildungs- und Teilhabeleistungen wird den Eltern ein Abrechnungszettel zugestellt, den der Nachhilfelehrer am Schuljahresende zum Jobcenter schickt. Erst dann wird das Geld

überwiesen. Zum einen arbeiten die Nachhilfeanbieter „auf Pump“ und bekommen ihr Geld erst dann, wenn sie schon im Wert von mehreren hundert Euro gearbeitet haben. Zum anderen zeigt die Tatsache, dass das Geld nicht an die Eltern, sondern direkt an den Nachhilfeanbieter ausgezahlt wird, dass hier die Leistungsberechtigten mal wieder unter Generalverdacht gestellt werden.

Was nötig ist, liegt auf der Hand: eine Gesellschaft, in der jedes Kind ein gleiches Recht auf Bildung nicht nur theoretisch beansprucht, sondern auch praktisch durchsetzen kann. Doch anscheinend ist es bis dahin noch ein weiter Weg. ●

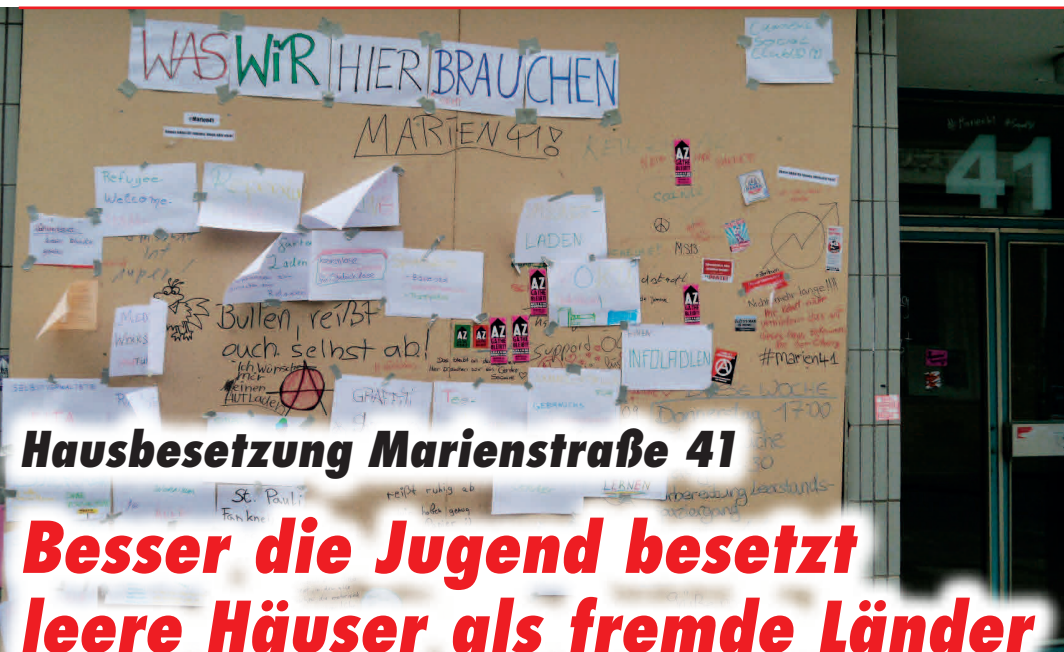
*Felix Wiese war von 2010 bis 2013 in der Rechtsberatung des Erwerbslosenvereins Tacheles e.V. tätig.*

**DIE LINKE.**  
im Rat

### Impressum:

Herausgegeben von  
der Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Wuppertal,  
Rathaus, Zimmer 242,  
Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Telefon und Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de  
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Gunhild Böth, Susanne  
Herhaus, Claudia Radtke, Bernhard Sander, Felix Wiese,  
Gerd-Peter Zielezinski  
Redaktionsschluss: 12. September 2014  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

der Stadt  
Wuppertal



## Hausbesetzung Marienstraße 41

# Besser die Jugend besetzt leere Häuser als fremde Länder

Wiederholt besetzten einige WuppertalerInnen das Haus in der Marienstraße 41. Die Polizei beendete jedes Mal mit massiven Kräften die Besetzung. Während des ersten Einsatzes verweigerten die meisten PolizeibeamtInnen das Gespräch, aber es wurde deutlich, dass „wir hier kein zweites AZ wollen, wenn die Gathe geräumt ist.“ Der unangemessene Polizeieinsatz dauerte auch beim zweiten Mal bis in die Nacht, behinderte die Heimkehrer und störte den Schlaf in Nachbarstraßen. Obwohl sich die aufgebrachten ÖlbergerInnen längst zerstreut hatten, besetzte die Polizei mit ihren Einsatzfahrzeugen die Nordstadt. **Für DIE LINKE stellt sich die Frage, auf wessen Initiative der Einsatz zurückgeht und welches Ziel er verfolgte.**

Das Haus steht nach Auskunft von Nachbarn seit Jahren leer. Die UnternehmerInnen für die Nordstadt e.V. erklären, dass die Immobilie der DDT 38.VV GmbH gehört, die über zwei weitere Immobilienzweckgesellschaften eine Tochter der insolventen Treveria Immobilienholding ist. Der Hauptgläubiger, die ABN AMRO Trustees LTD mit Sitz in London ist nun real Eigentümer der Immobilie und lässt sie durch eine Düsseldorfer Firma verwalten. Deshalb ist die zweite Räumung und jede weitere, die noch kommen sollte, wohl nicht auf die Bank oder die Holding zurückzuführen, sondern auf politisch unausgewogene Entscheidungen der Polizei. Ein Bewirtschaftungs- oder Verkaufsinteresse besteht nicht. Nach jetzigem Stand steht die Immobilie mit 140.000 € in der Bilanz, weit über ihrem tatsächlichen Marktwert, der höchstens bei 50.000 € liegen dürfte. Bei einem Verkauf würde also der Gläubiger die ABN AMRO einen Verlust realisieren. Dementsprechend lässt man lieber die Immobilie vergammeln, um Bilanzen zu schönen. Millionenfach und weltweit praktiziert werden auf diese Art und Weise Finanz- und Immobilienkrisen produziert, zuletzt 2008.

Versuche von Privatleuten, die an dem Objekt Interesse bekundeten, wurden abgewiesen. Diese Art Immobilienspekulation ist kein Einzelfall in Wuppertal. Auch in der Nordstadt verfallen entmietete Gebäude, die z. B. der bankrotten Towers-Gruppe gehören. **Der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ scheint in diesen Fällen nicht zu gelten.** Für die Schrott-Immobilie Marienstr. 41 schlagen die Besetzer Nutzungsmöglichkeiten vor. Wenn man diese Lösungen nicht bald gemeinsam bespricht, wird die Polizei diese Wünsche wieder und wieder von der Hauswand abreißen, sie wird ihr lächerliches Räuber- & Gendarm-Spiel fortsetzen und – so ist zu befürchten – eskalieren. ●

**Bei der Stadt heißt es sparen, sparen, sparen;  
bei den Bürger und Bürgerinnen warten, warten, warten**

Erst bei den Busfahrern und Busfahrerinnen und jetzt bei den Beschäftigten der Stadt Wuppertal: Die Belastung der Beschäftigten durch Sparzwang, Personalabbau und Stellenstreichungen wächst und wächst. Die Folge: Der Krankenstand steigt und steigt, was wiederum die Arbeitsbelastung steigen lässt.

Und wenn dazu noch die Ferien und damit die Urlaubszeit kommen, ist das Chaos perfekt. Denn auch Beschäftigte der Stadt – und hier ganz besonders des Einwohnermeldeamtes – haben Urlaub, der in den Sommerferien schon immer verstärkt genommen wurde und wird. Und gerade in den Sommermonaten war und ist hier die Arbeitsbelastung der Beschäftigten besonders hoch, weil den Bürgern und Bürgerinnen ganz plötzlich auffällt, dass der Personalausweis oder Reisepass abgelaufen ist, was wiederum die Arbeitsbelastung der

noch übrig gebliebenen wachsen lässt. Das ist schlimm für die Betroffenen, hat aber auch Folgen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Sie brauchen jetzt sehr sehr viel Geduld. Erst an den Haltestellen der Buslinien, jetzt beim Einwohnermeldeamt und dann beim Straßenverkehrsamt. Warten, warten heißt und hieß das Motto, in den Ferien beim Einwohnermeldeamt bis zu 6 Stunden. Und auch die Möglichkeit, einen Termin im Internet zu buchen, ist nur bedingt hilfreich, denn die nächsten freien Termine gibt es erst in zwei Monaten.

Um hier wenigstens vorübergehend die Warteschlangen Griff zu bekommen, hatte die Stadtverwaltung keine bessere Idee, als die Stadtteilbüros in Ronsdorf und Cronenberg zu schließen. Aber auch hier werden wieder die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt über

## Johnson Controls: Beschäftigte betrogen Verzicht rettet keinen Arbeitsplatz

Die Meldung, dass rund 350 Menschen ihren Arbeitsplatz bei Johnson Controls (Ex-Happich) verlieren sollen, ist schockierend. Die Lebensplanung vieler Familien wird zerstört. Steuereinnahmen für die Stadt brechen weg. Ein Netzwerk von Zulieferern wird zerrissen. Das Unternehmen hat mit Dutzenden von Leiharbeitnehmern „geatmet“, wurde mit Lohnverzicht und unbezahlter Mehrarbeit gepöppelt. Nun ist Schluss, der Standortsicherungsvertrag soll nicht verlängert werden. Die Gegenleistung für den Lohnverzicht der Beschäftigten, die Investitionen am Standort blieben aus. „Die Belegschaft fühlt sich zu Recht betrogen,“ solidarisiert sich der Linken-Fraktionsvorsitzende Gerd-Peter Zielezinski. Jeder könne sich bei seinem Stundenlohn ausrechnen, was 2,75 unbezahlte Stunden pro Woche ausmachen; bei 52 Wochen im Jahr über 10 Jahre kommt da eine erkleckliche Summe zusammen, nämlich zwischen 600 € für ungelernete LagerarbeiterInnen und 935 € brutto für FH-IngenieurInnen pro Jahr. Dies ist nicht nur eine Folge des Aus für Opel in Bochum. Es ist vor allem eine Folge zügellosen Gewinnstrebens, das sich über den Druck auf die Lohnkosten auslebt. Co-Fraktionsvorsitzende Gunhild Böth weist auf eine weitere Folge für die Stadt Wuppertal hin: „Mit slowakischen Löhnen können auch nur slowakische Preise bezahlt werden. Steuereinnahmen für die Stadt entfallen, während die Sozialkosten steigen werden. So sieht die soziale Verantwortung moderner Unternehmen aus.“ DIE LINKE erwartet, dass das Unternehmen den Lohnverzicht, den die Belegschaft über 10 Jahre geleistet hat, nun durch Abfindungen zurückerstattet wird; faktisch handelt es sich ja um einen Kredit. ●

die Maßen belastet, und der Service bleibt auf der Strecke. Vor allem für die immer älter werdende Bevölkerung Wuppertals ist dies nicht hinzunehmen. Erst nach massiven Protesten der Bevölkerung und durch unsere BezirksvertreterInnen ist die Schließung in den Stadtteilbüros in Teilen wieder zurückgenommen worden.

Eine weitreichende und zukunftsgerichtete Personalplanung könnte die Personalsituation entschärfen. Auch wenn im Einwohnermeldeamt Spezialwissen gefragt ist, müsste es doch möglich sein, Personal in ausreichender Menge zu schulen, um im Bedarfsfall gewappnet zu sein. Denn gerade, wenn die Stadtverwaltung unter Sparzwang gesetzt wird, müssen die verbleibenden Ressourcen gekonnt und umsichtig eingesetzt werden; sonst sind weitere Ausfälle absehbar. ●

## „Schulsozialarbeit muss bleiben!“

### Zahltag in Wuppertal: Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Kampagne „AufRECHT bestehen“: **Kein Sonderrecht im Jobcenter!**

Schon traditionell finden am ersten Werktag im Monat Protestaktionen vor den Jobcentern statt. Oft wurde den Erwerbslosen ihr Arbeitslosengeld II zum Monatsanfang gar nicht, nicht pünktlich oder nicht in der ihnen zustehenden Höhe überwiesen, wobei der Einkauf von Lebensmitteln oder die Zahlung der Miete jedoch nicht warten können. Weil die Erwerbslosen daher den Gang zur Behörde antreten und versuchen müssen, sich das ihnen zustehende Geld bar auszahlen zu lassen, heißt der erste Werktag im Monat Zahltag!

Der vom Erwerbslosenverein Tacheles für diesen September am Jobcenter an der Schwarzbach in Oberbarmen geplante „Zahltag“ hat jedoch eine besondere Vorgeschichte. Dieses Jobcenter befindet sich in einem von der Stadt angemieteten privaten Gebäude und der Eigentümer sowie der Leiter des Jobcenters lehnten die Protestkundgebung auf dem Grundstück ab. Als die Polizei für die Versammlung ein Verbot aussprach, legte Tacheles vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf Eilklage gegen die Verbotsverfügung ein mit der Begründung, öffentliche Räume bleiben auch dann öffentliche Räume, wenn sie von Privat gemietet werden. Harald Thomé von Tacheles dazu: „*Hoheitliche Einrichtungen wie Jobcenter, die öffentlich zugänglich sein müssen, bleiben öffentliche Räume, auch wenn die Behörde sich in private Immobilien eingemietet hat. Und im öffentlichen Raum gilt selbstverständlich das Versammlungsrecht.*“

Dies führte dann überraschenderweise dazu, dass die Verbotsverfügung freiwillig und ohne Begründung zurückgenommen wurde und die Kundgebung stattfinden konnte. Thomé zeigte sich einerseits erfreut: „*Es war richtig, in dieser Frage konsequent zu bleiben, denn der Protest muss in unmittelbarer Nähe des Jobcenters stattfinden. Alles andere wäre eine Einschränkung des Versammlungsrechts gewesen.*“ Andererseits

wurde so der gerichtlichen Klärung der Frage ausgewichen, ob das Versammlungsrecht auch auf Privatgelände gilt, wenn sich dort öffentliche Einrichtungen mit Publikumsverkehr befinden. Thomé weiter: „*Diese Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil sich immer mehr Behörden in Privatimmobilien einmieten. Der Freibrief, Demonstrationen vor solchen Orten zu verbieten, wäre nach unserer Auffassung eine empfindliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit.*“

Etwa 80 Personen kamen dann am 1.9. zwischen 8 und 12 Uhr zur Kundgebung, um vor Ort mit Transparenten, Redebeiträgen und phantasievollen Aktionen gegen die Missstände insbesondere im Jobcenter an der Schwarzbach zu protestieren. Neben politischen Basisinitiativen, zahlreichen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei DIE LINKE waren auch Erwerbslose aus anderen Städten sowie die bundesweit bekannte Hartz-IV Kritikerin Inge Hannemann solidarisch vor Ort. Die AktivistInnen machten anhand konkreter Beispiele die grundgesetzwidrige Praxis in den Jobcentern deutlich und erklärten, welche Verschärfungen zukünftig mit den sogenannten „Rechtsvereinfachungen im Zweiten Sozialgesetzbuch“ auf die Hartz-IV BezieherInnen zukommt. Die Möglichkeit, sich zu informieren und sich persönlich in Sachen Hartz-IV beraten zu lassen, wurde von den vorbeikommenden Erwerbslosen ebenso gern angenommen, wie die Möglichkeit, sich solidarisch und fachkundig ins Jobcenter begleiten zu lassen. Insgesamt war es eine schöne und erfolgreiche Auftaktveranstaltung, die Mut macht für die anstehende Kampagne ab dem 22. September „aufRECHT bestehen – Kein Sonderrecht im Jobcenter“.

Weitere Informationen befinden sich auf der Aktionswebsite [www.aufrecht-bestehen.de](http://www.aufrecht-bestehen.de) sowie immer aktuell auf der Website von Tacheles [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

Mit diesem Ruf demonstrierten am 17.9. ca. 3000 Schülerinnen und Schüler, Eltern, Sozialarbeiter/innen und auch Lokalpolitiker/innen vom Opernhaus zum Rathaus, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Bekanntlich war drei Jahre lang aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ des Bundes den Kommunen Geld zugewiesen worden, das die bedürftigen Familien für Nachhilfe, Sportvereine, Musik- und Kunstschulen beantragen konnten. Damit sollte den Kindern Teilhabe an Bildung und gesellschaftlichem Leben ermöglicht werden! Aus diesen Mitteln wurde auch Schulsozialarbeit bezahlt, denn sie ist ein gutes niederschwelliges Angebot, um Kinder in Konfliktsituationen zu beraten, um ihnen zuzuhören, ihnen Beistand zu leisten, bevor sich Schwierigkeiten zu echten Problemen auswachsen. Und ohne Probleme kann man besser lernen!

#### ALLE SIND SICH EINIG – KEINER WILL SIE BEZAHLEN!

Alle Parteien, Verbände, Schulen und Eltern sind sich einig: Schulsozialarbeit ist sinnvoll und notwendig, aber Bund und Land schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Finanzierung zu. Daher hat der Stadtrat für 2014 die Finanzierung aus Eigenmitteln bis zum Jahresende beschlossen, weil sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung eine Lösung versprochen hatten.

#### WAS KANN DER STADTRAT TUN?

Zum einen muss Wuppertal die Schulsozialarbeit weiter finanzieren. Das erscheint auch möglich, denn das Land NRW erhält vom Bund 2015 die schöne Summe von 280 Mio. €, da das Land nicht mehr an der BAFÖG-Finanzierung beteiligt wird, die der Bund allein übernimmt. Versprochen hat das Land, diese Summe für Bildung auszugeben. Denn gerade wenn die Stadtverwaltung unter Sparzwang gesetzt wird, müssen die verbleibenden Ressourcen gekonnt und umsichtig eingesetzt werden; sonst sind weitere Ausfälle absehbar.

#### DAS GELD IST DA – DIE LANDES-REGIERUNG MUSS LIEFERN!

## TTIP, CETA, TISA Angriff auf öffentliches Eigentum und Demokratie

Unter großem Druck der Konzerne und Industrielobbyisten behandelt die EU drei Wirtschaftsabkommen im Geheimen: TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) mit den USA, CETA („Comprehensive Economic and Trade Agreement“) mit Kanada. Der Inhalt des bereits ausgehandelten CETA-Abkommens mit Kanada wurde im Sommer 2014 bekannt. Enthalten ist darin unter anderem die Möglichkeit für Konzerne, gegen Staaten zu klagen, wenn diese Gesetze haben, die die Gewinne der Konzerne schmälern. TISA („Trade in Services Agreement“), das neben der EU und der USA noch über 20 weitere Staaten umfasst, könnte noch umfassender werden als die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Bei TISA geht es nämlich um ein internationales Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen. Hinter verschlossenen Türen wird dabei die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen aufs Spiel gesetzt. So soll TISA Konzernen das Geschäft mit unserem öffentlichen Eigentum von Wasser, über Energie bis Gefängnisse ermöglichen und einmal erfolgte Privatisierungen für alle Ewigkeit garantieren. Auch moderne Sklaverei in Form von internationalen Leiharbeitsagenturen könnte durch TISA enorm zunehmen. DIE LINKE. will diese Freihandelsabkommen stoppen, die ausschließlich den Profitinteressen der Konzerne dienen. Gemeinsam mit anderen Kritikerinnen und Kritikern dieser geplanten Abkommen vertreten wir lautstark den Widerstand in Parlamenten und auf der Straße.

**Fabio De Masi**, Wirtschaftspolitiker und Europaabgeordneter für DIE LINKE, wird über die Freihandelsabkommen informieren und möchte darüber hinaus mit Ihnen über Aktionen zum Thema ins Gespräch kommen, wie z.B. den europaweiten, dezentralen



Fabio De Masi

Aktionstag gegen TTIP, CETA und TISA am 11. Oktober 2014 oder die Europäische Bürgerinitiative „Stopp TTIP“.